

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet unter:
www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 24

vom 15. Juni 2012
Redaktion: Katja Richardt

Bund

897. Sitzung des Bundesrates 2

Haushalt und Finanzen

Hamburger Haushalt 2013 und 2014 6

Stärkung der sieben Hamburger Bezirke 8

Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Austausch über Kindertagesbetreuung in Schweden 9

Sanierungskonzept für die HAB liegt vor 11

Justiz

83. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Wiesbaden 13

Schule, Jugend und Berufsbildung

Schule Rellinger Straße wird Preisträger des „Deutscher Schulpreis 2012“ 14

Sport

Neues Wassersportereignis der Spitzenklasse für Hamburg 16

CHINA TIME 2012

Veranstaltungsprogramme von CHINA TIME Hamburg 2012 und
„spielraum hamburg“ des Schleswig-Holstein Musik Festivals 18

Datenschutz

Transparenzgesetz für Hamburg 21

Internationale Bauausstellung

Erste Pontonanlage von Gangway fertig saniert 22

Zur Information

Terminkalender 24

14.6.2012/br14

An der 897. Sitzung des Bundesrates am 15. Juni 2012 nehmen der Erste Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Jana Schiedek und Staatsrat Wolfgang Schmidt teil

Die Tagesordnung umfasst 65 Punkte.

Hamburg setzt sich für mehr Frauen in Führungspositionen ein

Hamburg hat einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der eine gesetzliche Mindestquote für die Besetzung von Aufsichtsräten börsennotierter und mitbestimmter Unternehmen mit Frauen und Männern fordert. „Der Anteil weiblicher Führungskräfte in Spitzenpositionen der deutschen Wirtschaft ist immer noch viel zu gering. Dies widerspricht dem im Grundgesetz niedergelegten Gleichheitsgrundsatz von Männern und Frauen in eklatanter Weise. In den letzten Jahren wurden kaum Fortschritte erzielt. Die Bundesregierung ist in dieser Frage heillos zerstritten und hat zu lange erfolglos darauf gesetzt, dass sich die Wirtschaft freiwillig bewegt“, begründete **Justizsenatorin Jana Schiedek** den Schritt zur Einführung einer verbindlichen Quote. Die Mindestquote in Höhe von 40 % soll schrittweise in zwei Stufen und mit einer Übergangsfrist von elf Jahren umgesetzt werden. Quotenverstöße sollen durch steuerliche Maßnahmen geahndet werden. Zur Wahrung der Verhältnismäßigkeit sieht der Vorschlag eine Härtefallklausel sowie eine Ausnahmeregelung für Unternehmen mit 90 % oder mehr Beschäftigten desselben Geschlechts vor.

Organspende geht jeden an

Der Bundesrat befasst sich mit dem Transplantationsgesetzes. Ziel ist, dem Organmangel in Deutschland besser als bisher entgegen zu wirken und mehr Menschen zur Organspende zu überzeugen. Jeder Einzelne soll sich regelmäßig mit dem Thema Organspende befassen, eine persönliche Entscheidung treffen und diese dokumentieren. In der Neufassung bleibt dabei eine wichtige ethische Grundlage erhalten: Die Bereitschaft zur Organspende bleibt ein freiwilliger Akt. Die Entscheidung kann auch nach der Neufassung frei ohne staatlichen Zwang getroffen werden. Zusätzlich baut das Gesetz auf ein größeres Engagement der Krankenkassen. Durch die neu gestaltete Verpflichtung an jeden einzelnen Versicherten heranzutreten, wurde ein geeignetes Instrument entwickelt, die Bürgerinnen und Bürger möglichst flächendeckend zu erreichen. Darüber hinaus werden alle Beteiligten an der gesundheitlichen Versorgung aufgefordert, mit Informationen zu den medizinischen Fragen rund um die Organspende zur Verfügung zu stehen und so zum Abbau von eventuell vorhandenen Bedenken oder Ängsten beizutragen. Die beschlossenen Neuregelungen sehen konkret unter anderem vor, künftig alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 16. Lebensjahr regelmäßig über ihre Krankenkassen zur Organspende zu informieren und zur Abgabe einer Erklärung aufzufordern. Einen Zwang dazu wird es aber nicht geben. Die Aufforderung wird erstmalig in diesem Jahr erfolgen und dann in regelmäßigen Abständen wiederholt. Auf diese Weise soll jeder Einzelne animiert werden, seine Entscheidung in einem Organspendeausweis zu dokumentieren. „Die Neuregelungen zur Organspende schaffen endlich die notwendigen Voraussetzungen, um die Bereitschaft zu mehr Organspenden in ethisch gebotener Weise zu erhöhen“, so **Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks**. „Die Einführung der Entscheidungslösung achtet das Recht der Menschen auf Selbstbestimmung und wird sicherlich auch in der Bevölkerung breite

Zustimmung finden. Es ist wichtig, dass Menschen ihren Willen dokumentieren, um diese schwierige Entscheidung nicht ihren Angehörigen aufzubürden.“ Die Einführung der Entscheidungslösung wird in Hamburg durch vielfältige Aktionen flankiert. Nach Inkrafttreten des Gesetzes wird die Bevölkerung gemeinsam durch die Gesundheitsbehörde, die Kassenärztliche Vereinigung und die Hamburgische Krankenhausgesellschaft über die Entscheidungslösung informiert werden. Die Bezirksamter sollen den Bürgerinnen und Bürgern zusammen mit Personalausweis bzw. Führerschein einen Organspendeausweis und Informationsmaterial übergeben. Darüber hinaus sollen Schülerinnen und Schüler in Kooperation mit der Schulbehörde über die Organspende informiert werden. Durch gezielte Plakatierung zum Beispiel auf Bussen und in S- und U-Bahnen soll zusammen mit den Krankenkassen zusätzlich auf die Thematik aufmerksam gemacht werden.

Hamburg setzt sich für faire Wettbewerbsbedingungen europäischer Reeder ein

Der Bundesrat berät über eine EU-Vorlage zum Abwracken von großen Handelsschiffen. Die EU plant einige Regelung des internationalen Übereinkommens von Hongkong über das sichere und umweltverträgliche Recycling von Schiffen von 2009, das sich derzeit noch im Ratifizierungsprozess befindet, vorab umzusetzen und weitergehende Auflagen einzuführen. Durch die geplante Verordnung besteht die Gefahr von Wettbewerbsnachteilen für Schiffseigner mit Schiffen unter Flaggen von EU-Mitgliedsstaaten gegenüber ihrer internationalen Konkurrenz. Ein von Hamburg initiiertes Antrag lehnt daher die Regelungen, die über das internationale Abkommen hinausgehen ab. „Fairer Wettbewerb auf in einem globalen Markt ist nur auf der Basis gleicher Regeln möglich“, so **Wirtschaftssenator Frank Horch**.

Steuerabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland

Der Bundesrat wird in einem ersten Durchgang über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Abkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt beraten. Der zweite Durchgang ist für Ende November vorgesehen. Der Gesetzentwurf sieht für die Vergangenheit eine Nachversteuerung bislang unentdeckter, unversicherter Vermögenswerte in der Schweiz mit Strafbefreiung unter Beibehaltung der Anonymität mit Steuersätzen von 21 bis 41% vor. Für die Zukunft ist die Einführung einer anonymen pauschalen Besteuerung der Kapitaleinkünfte in Höhe von 26,375% geplant. Zusammen mit anderen Ländern hat Hamburg einen kritischen Antrag zu diesem Gesetzentwurf eingebracht. Das Steuerabkommen wurde am 21. September 2011 von der Bundesregierung und der Schweiz unterzeichnet. Es wurde am 5. April 2012 durch ein Änderungsprotokoll modifiziert und soll nun durch den Gesetzentwurf ratifiziert werden.

Bundesregierung soll Gesetzentwurf zur Kostentragung bei der Grundsicherung vorlegen

Die Bundesregierung hat bisher den zugesagten Gesetzentwurf zur Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nicht vorgelegt. Dies hatte die Bundesregierung den Ländern vor über einem Jahr zugesichert. Um diesen Stillstand zu überwinden fordern Hamburg und andere Länder die Bundesregierung auf, das Gesetzgebungsverfahren schnellstmöglich einzuleiten. Die Länder seien an der Erarbeitung der Vorlage zu beteiligen. Der Bund hatte zugesagt, die Bundesbeteiligung für das Jahr 2013 von 45 % auf 75 % zu erhöhen und ab 2014 die Kosten vollständig zu übernehmen. Gleichzeitig soll die Bundesregierung erneut aufgefordert werden, im Gesetzentwurf eine Regelung vorzusehen, die – anders als die derzeitige Regelung - eine zeitnahe Kostenerstattung sicherstellt. Nur so könne angesichts der jährlich wachsenden Empfängerzahlen vermieden werden, dass Länder und Kommunen einen Ausgabenanstieg vorfinanzieren müssen.

Die Leiharbeit braucht faire und sichere Arbeitsbedingungen

Zusammen mit den anderen sozialdemokratisch regierten Ländern setzt sich Hamburg im Rahmen des gemeinsamen Entschließungsantrages „Faire und sichere Arbeitsbedingungen bei der Arbeitnehmerüberlassung herstellen“ aktiv für eine stärkere Position der Leiharbeiter/-innen ein. Die bisherigen Regelungen seien nicht weitreichend genug, um Leiharbeit als ein gleichwertiges Beschäftigungsverhältnis zu etablieren und den Missbrauch in dieser Branche effektiv zu bekämpfen. Um ein wirkungsvolles Instrument gegen Missbrauch und für faire Arbeitsbedingungen zu schaffen, solle im ersten Schritt der gleiche Lohn für die gleiche Arbeit gezahlt werden, denn nur so könne eine Spaltung der Belegschaft verhindert werden. Weiterhin sollten Betriebsräte weitreichendere Mitbestimmungsrechte erhalten, die Konzernleihe dürfe keinen Sondertatbestand mehr darstellen und das Synchronisations- und Wiedereinstellungsverbot solle wieder eingeführt werden, um keine Arbeitsverträge von Fall zu Fall zu ermöglichen und so das Geschäftsrisiko einseitig auf die Leiharbeiter abzuwälzen. In der Leiharbeit solle nur noch eine Höchstüberlassungsdauer von 12 Monaten gelten und aus rechtssystematischen Gründen solle die Aufnahme der Leiharbeit in das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz erfolgen.

Mehr Preistransparenz bei Benzin, Strom und Gas

Der dem Bundesrat vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung unterstützt die transparente und wettbewerbskonforme Preisbildung auf den Strom- und Gasmärkten. So werden die bisher zersplitterten Aufsichtskompetenzen auf den Großhandelsmärkten bei der neu einzurichtenden Markttransparenzstelle im Bundeskartellamt gebündelt, die künftig eng mit der Bundesnetzagentur zusammenarbeiten wird. Vor dem Hintergrund der Benzinpreisdebatte sieht der Gesetzentwurf zusätzlich eine umfangreiche Beobachtung der Benzin- und Dieselpreise vor. So soll die Markttransparenzstelle künftig jede Woche Verkaufs-, Beschaffungs- und Mengendaten auf den Kraftstoffmärkten erheben, um damit kartellrechtliche Verstöße leichter erkennen und ahnden zu können. Der Länderkammer liegen zudem umfangreiche Ausschussempfehlungen vor, die erneut die Forderung nach einer gesetzlichen Benzinpreisbremse in Anlehnung an das „West-Australische-Modell“ aufgreift. Demnach müssten die Preise künftig zentral gemeldet und könnten nur alle 24 Stunden verändert werden. Ebenfalls wird gefordert, die Verbraucher mit einem entsprechenden Internetangebot über die aktuellen Benzin- und Dieselpreise zu informieren.

Abschaffung der „Demokratieerklärung“

Dem Bundesrat liegt eine Entschließung vor, die den Generalverdacht der Bundesregierung gegenüber - möglicherweise als extremistisch einzustufenden - Organisationen beseitigen soll. Ziel der Entschließung, ist die Abschaffung der „Demokratieerklärung“, mit der sich alle Antragsteller für Mittel des Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen müssen und bestätigen, eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit zu leisten und dies - im Rahmen ihrer Möglichkeiten - auch für ihre Projektpartner garantieren. Diese Erklärung stellt Organisationen, die sich seit Jahren zum Grundgesetz bekennen, unter Generalverdacht. Zudem sei die Verpflichtung zur Überprüfung von Kooperationspartnern geeignet, Misstrauen untereinander Vorschub zu leisten. Die Bundesregierung hatte im Rahmen des Programms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit Beginn der neuen Förderperiode die Unterzeichnung einer Erklärung zur Verfassungstreue (sog. „Demokratieerklärung“) zur Fördervoraussetzung erklärt.

Nationales Waffenregister kommt

Der Bundesrat entscheidet über das Gesetz zur Einrichtung eines Nationalen Waffenregisters (NWR) und die dazugehörige Durchführungsverordnung. Geregelt wird darin der Aufbau und Betrieb des NWR, insbesondere welche Daten zu speichern sind und welchen Behörden die Daten unter welchen

Voraussetzungen übermittelt werden dürfen. Das NWR ist als reines Verwaltungsregister ausgestaltet, Privatleute werden keinen Zugriff haben. Durch das NWR sollen die lokalen Waffenregister der Behörden teilweise zusammengefasst werden, die Waffenbehörden vor Ort sollen weiterhin für die Datenbearbeitung verantwortlich sein. Sie würden lediglich eine Teilmenge der ihrer Daten an das NWR übermitteln, dass beim Bundesverwaltungsamt angesiedelt werden soll. Neben Waffendaten, Personendaten und Erlaubnisdokumenten sollen auch Sicherstellungen oder Waffenverbote gespeichert werden. Die Recherchemöglichkeiten würden vor allem für die Polizei, aber auch für die Nachrichtendienste und die Zollbehörden bestehen. Unter besonderen Voraussetzungen wäre auch der automatisierte Datenabruf zulässig.

EU gefährdet das Streikrecht

Der Bundesrat befasst sich mit dem Vorschlag für eine Verordnung über die Ausübung des Rechts auf Durchführung kollektiver Maßnahmen im Kontext der Niederlassungs- und Dienstleitungsfreiheit. Hintergrund des Verordnungsvorschlags der Kommission sind die Urteile „Viking-Line“ und „Laval“ des Europäischen Gerichtshof, in denen er ausdrücklich festgestellt hat, dass das Recht auf Durchführung kollektiver Maßnahmen einschließlich des Streikrechts ein fester Bestandteil der allgemeinen Grundsätze des EU-Rechts ist. Mit ihrem Vorschlag will die Kommission klären, in welchem Verhältnis Arbeitnehmerrechte und Streikrecht einerseits und Binnenmarktgrundfreiheiten wie die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit andererseits zueinander stehen. Dabei soll auch die spezifische Rolle der Sozialpartner auf EU-Ebene anerkannt werden. Der Vorschlag enthält insbesondere Bestimmungen zu den allgemeinen Grundsätzen des Verhältnisses zwischen Grundrechten und wirtschaftlichen Freiheiten, der außergerichtlichen Streitbeilegung aufgrund mitgliedstaatlicher Regelungen, der Rolle der nationalen Gerichte und einem „Warnmechanismus“ zur gegenseitigen Information bei grenzüberschreitenden Arbeitskämpfen mit „gravierenden Auswirkungen“. Dem Bundesrat liegt hierzu eine Stellungnahme vor, in der zwar das Ziel einer Klarstellung des Verhältnisses zwischen wirtschaftlichen Grundfreiheiten und sozialen Grundrechten der Verordnung begrüßt wird. Allerdings gibt es Zweifel, ob die EU für diese Thematik die Rechtsetzungskompetenz inne hat. Im Bundesrat gibt es daher erhebliche Kritik an der Vorlage, da er das Streikrecht gefährden würde, das für die Durchsetzung fairer Entgelt- und Arbeitsbedingungen unerlässlich ist. Zu diesem Vorschlag der EU gibt es auch sehr starke Kritik von Gewerkschaften und Teilen des Europäischen Parlaments.

Verbesserung des Rechtsschutzes vor Wahlen

Der Bundesrat entscheidet über einen gemeinsamen Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen "zur Verbesserung des Rechtsschutzes in Wahlsachen". Damit im Zusammenhang steht ein weiterer gemeinsamer Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes, mit dem die entsprechenden verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen. In Zukunft sollen Vereinigungen hiernach das Recht haben, unmittelbar beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde einzulegen, wenn der Bundeswahlausschuss die Anerkennung der Vereinigung als Partei zur Wahl ablehnt. Ein solcher Rechtsbehelf vor der Wahl existierte bislang nicht. Bisher stand nur die nachträgliche Wahlprüfungsbeschwerde zur Verfügung. Daneben soll bei der Wahlprüfung künftig ausdrücklich festgestellt werden, ob eine Verletzung subjektiver Rechte vorliegt - auch wenn sich die Verletzung nicht auf die Gültigkeit der Wahl auswirkt.

Für Rückfragen:

Sabine Spitzer

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund
Tel. 030 – 2 06 46-109, www.hamburg.de/landesvertretung**

13.06.2012/fb13

Hamburger Haushalt 2013 und 2014

Senat setzt Schwerpunkte und hält Kurs in Finanzplanung

Der Senat hat heute seinen Entwurf für den Doppelhaushalt 2013 / 2014 beschlossen. Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz und Finanzsenator Peter Tschentscher erläuterten im Anschluss an die dreitägigen Beratungen im Rathaus die Eckpunkte der Haushaltsplanung für die kommenden Jahre.

Das im vergangenen Jahr beschlossene Finanzkonzept des Senats mit einer Begrenzung des Ausgabenwachstums auf unter 1 Prozent pro Jahr werde umgesetzt. Die bereinigten Gesamtausgaben betragen im Jahr 2013 rund 11,8 Milliarden Euro und im Jahr 2014 rund 11,9 Milliarden Euro.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Die Haushaltsklausur markiert einen weiteren Schritt auf das Ziel hin, den Hamburger Haushalt zu konsolidieren. Das haben wir den Hamburgerinnen und Hamburgern vor der Wahl versprochen.

Die Beschlüsse der Haushaltsklausur entsprechen der haushaltspolitischen Grundlinie des Senats: Wir konsolidieren durch die Begrenzung des Ausgabenwachstums auf ein Prozent. Und wir investieren in Hamburgs Zukunft: in Krippen und Kindertagesstätten, in kleinere Klassen, ganztägige Betreuung und den Wohnungsbau – also in die Bereiche, die aus der Perspektive der Bürgerinnen und Bürger besonders wichtig sind.“

Trotz der engen Grenzen bei der Entwicklung der Ausgaben setzt der Senat deutliche Schwerpunkte unter anderem in der Bildung, in der Kindertagesbetreuung und im Wohnungsbau. Die Studiengebühren an den Hamburger Hochschulen werden zum kommenden Wintersemester abgeschafft.

Auch die dringend notwendige Sanierung der städtischen Infrastruktur bildet einen Schwerpunkt des Haushaltsplanentwurfs. Wichtige Positionen, die den Substanzerhalt betreffen – zum Beispiel die Instandsetzung von Straßen – werden aufgestockt. Die Anstrengungen der Behörden zur Sanierung der Infrastruktur werden bis zur Einbringung des Haushalts in die Bürgerschaft in einem „Sanierungsprogramm Hamburg 2020“ zusammenfassend dargestellt werden.

„Die aufgrund der guten Konjunktur überdurchschnittlichen Steuereinnahmen werden nicht für zusätzliche Ausgaben der Behörden, sondern zum Abbau des Haushaltsdefizits eingesetzt“, betonte Finanzsenator Tschentscher. Dadurch könne die im Grundgesetz und in Zukunft auch in der Hamburgischen Verfassung verankerte Schuldenbremse sicher eingehalten werden.

Da in den kommenden Jahren auch konjunkturelle Rückschläge nicht ausgeschlossen sind, hat der Senat in seine Planung einen „Vorsichtsabschlag“ bei den Steuereinnahmen der nächsten Jahre einbezogen.

Die ab 2013 auf Initiative der Hamburgischen Bürgerschaft erhobene Kultur- und Tourismustaxe wird bei den Einnahmen der Freien und Hansestadt Hamburg erstmalig mit 12 Mio. Euro für 2013 und 15 Mio. Euro für 2014 veranschlagt. Dadurch können besondere Projekte der Kultur und Tourismusförderung zusätzlich aus dem Haushalt der Stadt finanziert werden.

Der Haushaltsplanentwurf wird in Kürze der Hamburgischen Bürgerschaft zur Beratung zugeleitet. Mit einer Beschlussfassung über den Doppelhaushalt wird im Dezember gerechnet.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

13. Juni 2012/bez13

Hamburger Haushalt 2013 und 2014 Stärkung der sieben Hamburger Bezirke

Die sieben Hamburger Bezirksämter wurden durch die Ergebnisse der Haushaltsberatungen des Senats strukturell gestärkt.

Nominell steigen die Ausgabeermächtigungen für die Bezirksämter in den Jahren 2013 bis 2017 um durchschnittlich rd. 1,19% pro Jahr. Damit setzt der Senat gegenüber den Steigerungsraten des Gesamthaushaltes (0,88%) einen weiteren Schwerpunkt auf die bezirkliche Leistung.

Im Haushaltsplanentwurf sind zahlreiche Zuwächse in den bezirklichen Aufgaben anerkannt worden (Amtsvormünder, neuer Personalausweis, elektronischer Aufenthaltstitel, Eingliederungshilfe und Höhergruppierung des ASD).

Innerhalb der bezirklichen Ausgabenentwicklung sind die absehbaren Steigerungen der Sachkosten- und Tarifsteigerungen abzudecken. Diese haushaltsrechtliche Vorgabe trifft alle Behörden und Dienststellen in Hamburg gleichermaßen.

Die Bezirksämter stehen wie alle anderen öffentlichen Bereiche in der Pflicht, das Einsetzen der Schuldenbremse mit aller Kraft zu unterstützen. Sie werden ihre Aufgaben im Rahmen der im Korridor der Jahre 2013 bis 2017 geplanten Ausgaben erfüllen können. Soweit die Bezirksämter Einsparleistungen für Senatsbehörden erbringen, können die Bezirke künftig am sogenannten Chancenbudget teilhaben.

Mit dem jetzt verabschiedeten Haushaltsplanentwurf kann die Handlungsfähigkeit der Bezirksämter in den Jahren 2013 und 2014 sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde mit der Entflechtung ein weiterer Prozess angelegt, in dem sich Aufgabenanpassung, Organisationsentwicklung, Prozessoptimierung, Vorschriftenreduzierungen sowie erweiterte haushälterische Flexibilität ergänzen. Das entbindet aber weder Politik noch Verwaltung davon, immer wieder alle Gesetze, Verordnungen, Aufgaben und Verfahren hinsichtlich ihrer Notwendigkeit zu überprüfen.

Die Bezirksämter erfüllen unveräußerbare Kernaufgaben, die auch in den kommenden Jahren erhalten bleiben müssen bzw. stärker profiliert werden sollen. Dazu gehören:

- Regionale Querschnittskompetenzen im Bereich des Sozialraums und des öffentlichen Raums.
- Schlanke und effiziente Sozialverwaltung.
- Gesellschaftliche Selbsthilfe fördern und Vernetzung stärken.
- Guten Kundenservice in allen Leistungsbereichen bieten.
- Interventionsfähigkeit in Krisen sicherzustellen.
- Gewährleistung von Partizipation und Bürgerbeteiligung.

Rückfragen:

Dr. Torsten Sevecke, Bezirksamtsleiter Bezirksamt Eimsbüttel
Tel.: 428 01 2011, Mail: torsten.sevecke@eimsbuettel.hamburg.de

11. Juni 2012/basfi11

Austausch über Kindertagesbetreuung in Schweden

Eine schwedische Delegation besucht die Familienbehörde in Hamburg

Am heutigen Montag ist eine schwedische Delegation im Hamburger Rathaus und in der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) zu Gast, um sich fachlich über verschiedene Themen rund um das Thema Kinderbetreuung auszutauschen. Dabei geht es unter anderem um den aktuellen Stand zum Krippenausbau und die Architektur von kindgerecht gebauten Kitas. Auch das bedarfsgerechte Kita-Gutscheinsystem, das bundesweit als Erfolgsmodell gilt, steht im Mittelpunkt des Interesses der geplanten Diskussionen und Vorträge. Nicht zuletzt können verschiedene Erfahrungen mit dem Betreuungsgeld diskutiert werden. Im Anschluss an die Theorie am heutigen Vormittag wird die schwedische Delegation gemeinsam mit Vertretern aus dem Amt für Familie zwei Kitas besuchen, die konzeptionelle Besonderheiten aufweisen.

„Uns alle verbindet – wenn auch aus unterschiedlichen Perspektiven – die Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern“, sagte **Familiensenator Detlef Scheele** in seiner Begrüßungsrede im Hamburger Rathaus. „Untersuchungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass insbesondere der frühe Zugang zu Bildung und ein bildungsförderndes Umfeld die Bildungsbiographie von Kindern positiv beeinflussen. Kinderbetreuung ist deshalb in Deutschland kein Nischenthema mehr, sondern ein wichtiges Zukunftsthema.“

Das Programm für den Besuch der schwedischen Delegation beinhaltete neben einer kurzen Einführung in strukturelle Rahmenbedingungen der Kindertagesbetreuung in Hamburg eine Einführung in das Kita-Gutscheinsystem, mit dem Hamburg bereits vor etwa zehn Jahren einen neuen Weg eingeschlagen hat. Neben strukturellen und pädagogischen Kriterien, die eine Kita erfüllen muss, um am Kita-Gutscheinsystem teilnehmen zu können, wurden Themen des Krippenausbaus und der frühkindlichen Bildung in Schweden und Hamburg diskutiert.

Ferner ging es auch um die baufachlichen Rahmenbedingungen von Kitas, die eine gute Qualität der Kita-Betreuung unterstützen können. Bei der Kita Eulennest des Trägers Finkenau e.V handelt es sich um einen Neubau, der im April 2012 in Betrieb genommen wurde. Die Kita kooperiert konzeptionell mit einer benachbarten Senioreneinrichtung. Die Kita Hartzloh zeichnet sich durch das besonders sehenswerte Konzept eines Eltern-Kind-Zentrums aus.

Hintergrundinformationen

Hamburg steht beim Krippenausbau an der Spitze der westdeutschen Bundesländer und ist für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf eine Betreuung ab dem ersten Lebensjahr ab August 2013 gut vorbereitet. Hamburg führt zum 1. August 2012 einen Kita-Rechtsanspruch Kinder ab zwei Jahren vorzeitig ein, das heißt noch bevor der bundesweite Kita-Rechtsanspruch im August 2013 für alle Kinder ab einem Jahr kommt. Im Jahr 2012 gibt Hamburg für den Krippenausbau zusätzlich 6,2 Millionen Euro und im Jahr 2013 weitere 8,7 Millionen Euro aus.

Auch in die Qualität der Kitas investiert die Stadt Hamburg derzeit sehr viel Geld, um Hamburg nach skandinavischem Vorbild zur kinderfreundlichsten Stadt Deutschlands zu machen. Im Rahmen des Programms Kita-Plus stellt Hamburg ab 2013 jährlich rund 12 Millionen Euro für einen verbesserten Betreuungsschlüssel in sozial belasteten Gebieten zur Verfügung. Die Bewerbungen für das Kita-Plus-Programm werden noch in diesem Sommer starten.

Ein besonders interessanter Aspekt am schwedischen Kinderbetreuungssystem ist neben den architektonischen und pädagogischen Besonderheiten in den Kitas das Thema Betreuungsgeld (Vårnadsbidrag). Denn das in Deutschland sehr umstrittene – vom Bundeskabinett gerade verabschiedete – Betreuungsgeld wurde in Schweden im Januar 2010 eingeführt. Einige Kommunen, die es eingeführt hatten, hatten daraufhin selbst beschlossen, es wieder abzuschaffen, da dieses Angebot bei ihnen nicht in Anspruch genommen wurde. Das System des Betreuungsgeldes existiert jedoch weiterhin auch in Schweden. Es gilt für Kinder im Alter von einem bis zu drei Jahren und umfasst einen Betrag von 3000 Kronen (ca. 420 Euro) monatlich.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

| Pressesprecherin | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

Schwedische Botschaft in Berlin

| Presserätin | Helena Onn

T +49 172 317 80 78 |

Helena.onn@foreign.ministry.se | www.schweden.org

15. Juni 2012/basfi15

Sanierungskonzept für die HAB liegt vor

Die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft wird umstrukturiert

Die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft mbH (HAB) befindet sich durch veränderte Rahmenbedingungen in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Da das Unternehmen in der bisherigen Größe ökonomisch nicht weiter bestehen kann, muss es auf Kernbereiche reduziert werden. Aufgrund hoher Verluste und veränderter Rahmenbedingungen hat eine Lenkungsgruppe der Behörde für Arbeit, Soziales Familie und Integration (BASFI) unter dem Vorsitz von Staatsrat Jan Pörksen im Februar 2012 ein Sanierungskonzept für die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft erarbeitet. Auf dieser Grundlage haben Geschäftsführung und Betriebsrat bis Ende Mai 2012 Verhandlungen über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan geführt. Der Aufsichtsrat der HAB hat am 7. Juni 2012 dem Sanierungsprogramm zugestimmt. Der Senat hat entsprechende finanzielle Hilfen zugesagt.

Im Zuge der Sanierung wird die Beschäftigtenzahl der HAB gesenkt. Nach der Sanierung wird die HAB ab Januar 2013 als zentralen Aufgabenbereich das Teilprogramm „40 flankierende SozialbetreuerInnen“ fortführen und sich weiterhin an Angeboten zur Schuldnerberatung beteiligen. Mit dem Programm sollen arbeitsmarktferne Arbeitslose mit Vermittlungsproblemen wieder an den allgemeinen Arbeitsmarkt herangeführt werden. So genannte Ein-Euro-Jobs wird die HAB nur noch bis Ende dieses Jahres anbieten.

„Damit sind schmerzliche Eingriffe und Belastungen für die Belegschaft verbunden“, sagt **Staatsrat Jan Pörksen**. „Ich bin froh und dankbar, dass es den Beteiligten gelungen ist, einen sozial abgefederten Abbauprozess zu vereinbaren, in dem neben vorzeitigem Renteneintritt, Arbeitnehmerüberlassung und Auflösungsvereinbarungen insbesondere das Ziel im Vordergrund steht, berufliche Anschlussperspektiven zu eröffnen.“

Mit der sozialverträglichen Umorganisation des Personals soll eine Transfergesellschaft beauftragt werden, die Qualifizierungen und Vermittlungen anbietet. Darüber hinaus wurden Abfindungsregelungen vereinbart

Für die Sanierung werden voraussichtlich bis zu 7 Millionen Euro benötigt. Da die HAB über keine eigenen finanziellen Mittel verfügt, sind zur teilweisen Refinanzierung Erlöse aus dem Verkauf oder Umnutzungen von städtischen Grundstücken und Gebäuden der HAB vorgesehen.

Hintergrundinformationen

Die Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH (HAB) ist ein städtisches Unternehmen, das seit 1983 als führender arbeitsmarktpolitischer Dienstleister der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) agiert. Mit der Reform der Sozialhilfe hat sich die Geschäftsgrundlage der HAB drastisch verändert. Zahlreiche wichtige Geschäftsfelder sind in den darauffolgenden Jahren weggefallen, zudem ist der Umsatz auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Aufgrund hoher Verluste und veränderter Rahmenbedingungen hat eine Lenkungsgruppe der Behörde für Arbeit, Soziales Familie und Integration (BASFI) unter dem Vorsitz von Staatsrat Jan Pörksen im Februar 2012 ein Sanierungskonzept für die Hamburger Arbeit Beschäftigungsgesellschaft erarbeitet. Auf dieser Grundlage haben Geschäftsführung und Betriebsrat bis Ende Mai 2012 Verhandlungen über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan geführt.

Für Rückfragen der Medien

Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration

Pressestelle | Nicole Serocka

T +49 40 428 63- 2889 | F +49 40 428 63 - 3849 |

pressestelle@basfi.hamburg.de | www.hamburg.de/basfi

14. Juni 2012/bjg14

83. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister in Wiesbaden

„AltersgeRecht“ – Demographischen Wandel als Herausforderung begreifen

Auf Initiative Hamburgs haben die Justizministerinnen und Justizminister heute beschlossen, die gesetzlichen Regelungen im Vertrags-, Familien-, Erb- und Verfahrensrecht daraufhin zu überprüfen, ob sie den Anforderungen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht werden. „Wir müssen die Gesetze für ältere Menschen so gestalten, dass sie aktiv am Leben teilnehmen können. Gleichzeitig bedürfen ältere Menschen vielfach eines erhöhten Schutzes. Diese Herausforderung nehmen wir an“, begründete **Justizsenatorin Jana Schiedek** ihren Vorstoß.

Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung – Frauenquote muss kommen

Die Justizministerinnen und Justizminister fordern unter Verweis auf das im ersten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung (BT-Drs. 17/6240) enthaltene Sachverständigengutachten die Einführung einer verbindlichen Quote für Frauen in Führungspositionen. „Der Anteil weiblicher Führungskräfte in Spitzenpositionen der Wirtschaft ist immer noch viel zu gering. Dies widerspricht in eklatanter Weise dem im Grundgesetz niedergelegten Gleichheitsgrundsatz. Das Grundgesetz verpflichtet uns bestehende Nachteile zu beseitigen. Dem kommen wir mit einer verbindlichen Quote für Frauen in Aufsichtsräten nach“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**. Hamburg bringt am morgigen Freitag einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundesrat ein.

W-LAN Netze – Rechtssicherheit herstellen

Die Justizministerinnen und Justizminister setzen sich auf Antrag Hamburgs für eine klare Haftung in W-LAN Netzen bei Rechtsverstößen ein. „Die bisherige Haftung ist unklar. Wir brauchen verlässliche und berechenbare gesetzliche Regelungen. Damit leisten wir zugleich einen Beitrag, die weit verbreitete Abmahnpraxis einzudämmen“, sagte **Justizsenatorin Jana Schiedek**.

Nachträgliche Therapieunterbringung – Bund muss handeln

Die Justizministerinnen und Justizminister der Länder appellieren erneut an den Bund, die nachträgliche Therapieunterbringung zu regeln. „Wir müssen hochgefährliche, psychisch gestörte Straftäter zum Schutz der Bevölkerung auch dann geschlossen unterbringen können, wenn das Risiko erst während des Strafvollzugs erkennbar wird. Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung enthaltene Schutzlücke muss geschlossen werden“, forderte **Justizsenatorin Jana Schiedek**. Der Bundesrat hatte am 11. Mai einen entsprechenden Gesetzesantrag Hamburgs im Bundesrat beschlossen und dem Deutschen Bundestag zugeleitet.

Kontakt:

Dr. Sven Billhardt

Behörde für Justiz und Gleichstellung, Pressestelle

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4327953, Fax: 040 427943 258

E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

12. Juni 2012/bsb12

Schule Rellinger Straße wird Preisträger des „Deutscher Schulpreis 2012“ und gehört damit zu den Top 5 Schulen Deutschlands in diesem Jahr

Schulsenator Ties Rabe gratuliert herzlich der Schule Rellinger Straße (Eimsbüttel) als Preisträgerin des Deutschen Schulpreises 2012: „Ich freue mich sehr, dass die Rellinger Straße zu den Top 5 Schulen Deutschlands in diesem Schuljahr gehört. Die Jury sieht die Schule als seit Jahren erfolgreich beim individualisierten Lernen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen. Die gewonnenen 25.000 Euro und das Renommee eines Schulpreisträgers werden die Schule sicher weiter beflügeln. Ich bin begeistert, dass weitere drei Hamburger Schulen es in die Endausscheidung geschafft haben: das Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, die Erich-Kästner-Schule und das Gymnasium Klosterschule. Alle vier Schulen konnten bundesweit Aufmerksamkeit für ihre gute Arbeit gewinnen. Das ist nicht nur ein Erfolg für jede einzelne dieser Schulen sondern für Hamburg insgesamt.“

Portrait, Laudatio, Video und Bilder zur Schule Rellinger Straße findet sich hier:

<http://schulpreis.bosch-stiftung.de/content/language1/html/13195.asp>

Der Deutsche Schulpreis ist der anspruchsvollste und höchstdotierte Schulpreis Deutschlands und zeichnet diejenigen Schulen aus, die für Lernen begeistern und zu Orten des Staunens werden; Schulen, die Kreativität freisetzen, Lust an Leistungen entstehen lassen, Lebensfreude und Lebensmut stärken und zu Fairness und Verantwortung erziehen. Gesucht werden jedes Jahr Schulen, die mit ihren Ideen und Konzepten öffentlich und bundesweit Vorbilder für Schulentwicklung in Deutschland sein wollen.

122 Schulen aus allen 16 Bundesländern hatten sich ursprünglich beworben, 5 davon aus Hamburg. 50 von diesen wurden im ersten Schritt zum „Exzellenzforum des Deutschen Schulpreises 2012“ eingeladen, aufgrund von Schulbesuchen dann die TOP 20 Schulen Anfang Dezember benannt.

Die anderen 3 für den Deutschen Schulpreis 2012 nominierten Hamburger Schulen sind (in alphabetischer Reihenfolge):

- **Alexander-von-Humboldt-Gymnasium, Harburg**
- **Erich-Kästner-Schule (Grund- und Statteilschule), Farmsen-Berne**
- **Gymnasium Klosterschule, St. Georg**

Mit folgendem Profil hatte sich die Schule Rellingerstraße beworben:

„Die Schule Rellinger Straße in Hamburg-Eimsbüttel ist eine Grundschule, die das individualisierte Lernen in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen seit sechs Jahren erfolgreich praktiziert. Seit dem Schuljahr 2011/2012 hat sie im Rahmen eines Schulversuchs ihr Angebot erweitert und bietet jetzt Unterricht auch für die Jahrgangsstufen fünf und sechs an. An der Rellinger Straße werden die Kinder seit mehreren Jahren sehr erfolgreich in jahrgangsübergreifenden Lerngruppen unterrichtet – neuerdings von den Jahrgängen eins bis drei und vier bis sechs. Dieses für eine Hamburger Grundschule außergewöhnliche lange gemeinsame Lernen ist Teil eines Schulversuches, an dem die Relli teilnimmt. Die Schule Rellinger Straße ist eine Schule, die sehr viel Wert auf individualisiertes Lernen in der Gemeinschaft legt. Lernen findet überall und täglich statt, in der Schule werden besondere Angebote gemacht, damit Kinder sich optimal erproben und entwickeln können. In der Schule Rellinger Straße gehört dazu neben der Stoffvermittlung in den klassischen und musischen Fächern ein bedeutender Bereich: die Heranführung von Kindern an Verantwortung in demokratischen Strukturen. Mitbestimmung und Beteiligung sind nicht nur Schlagworte, sie werden hier gelebt. Um die Einstellung zum Kind und die pädagogischen Inhalte umzusetzen, sind besondere Strukturen notwendig.“

Homepage der Schule: www.schule-rellinger-strasse.de

Der Deutsche Schulpreis ist mit 100.000 Euro ausgestattet. Vier weitere Schulen erhalten Preise in Höhe von jeweils 25.000 Euro. Zusätzlich wird der „Preis der Jury“ verliehen, der ebenfalls mit 25.000 Euro dotiert ist. Alle weiteren nominierten Schulen erhalten Anerkennungspreise in Höhe von je 2.000 Euro.

Hintergrund-Informationen zum Deutschen Schulpreis: www.deutscher-schulpreis.de

Folgende Hamburger Schulen waren in den letzten Jahren für den Deutschen Schulpreis nominiert oder sind mit ihm ausgezeichnet worden:

- **Clara Grunwald-Schule, Bergedorf (2006)**
- **Max-Brauer-Schule, Altona (2006, Preisträger)**
- **Erich-Kästner-Gesamtschule, Farmsen-Berne (2008)**
- **Gesamtschule Winterhude (2008)**
- **Schule an der Gartenstadt, Wandsbek (2011)**

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Schule und Berufsbildung

Peter Albrecht, Pressesprecher

Tel: (040) 4 28 63 – 2003

E-Mail: peter.albrecht@bsb.hamburg.de,

Internet: www.hamburg.de/bsb

15. Juni 2012/bis15

Neues Wassersportereignis der Spitzenklasse für Hamburg

E.ON Hanse AlsterCup bringt Rudern und Schwimmen auf die Binnenalster

Die weltweit besten Ruder-Achter, die Ruder-Bundesliga und international namhafte Freiwasserschwimmer kommen mit dem E.ON Hanse Alster Cup am 22. und 23. September nach Hamburg und werden in dieser einmaligen Kombination das Veranstaltungsprogramm der Hansestadt bereichern. In Ruderbooten und auf der Freiwasser-Schwimmstrecke werden Topathleten wie einige der dann frisch gekürten Olympiasieger gegeneinander antreten. Doch nicht nur diese weltweit bekannten Leistungssportler, auch Freizeitathleten haben die Möglichkeit, bei bestimmten Wettkämpfen an den Start zu gehen. Die Wettbewerbe am Nordwestufer der Binnenalster können die Zuschauer kostenlos erleben. Die Nähe zum Geschehen macht den E.ON Hanse AlsterCup zum spannendsten Wassersportereignis der Stadt.

Hamburgs Sportsenator Michael Neumann: „Mit Rudern und Schwimmen verbindet der E.ON Hanse AlsterCup zwei Hamburger Schwerpunktsportarten in einem einzigartigen Event mitten in der Innenstadt. An den beiden Wettkampftagen können die Hamburgerinnen und Hamburger nicht nur die weltbesten Ruder-Achter als Zuschauer anfeuern, sondern beim Freiwasserschwimmen oder Jedermann-Rudern auch selbst als Sportler aktiv werden. Ich freue mich, dass diese innovative Veranstaltung von nun an ein fester Bestandteil im Hamburger Sportkalender sein wird.“

„Als Energienetzbetreiber sind wir mit Hamburg und Schleswig-Holstein gleich eng verbunden“, erläutert **E.ON Hanse Vorstandsvorsitzender Hans-Jakob Tiessen.** „Deshalb freuen wir uns, dass wir mit der Sprint-Regatta und den Schwimmwettkämpfen ein ideales Veranstaltungsformat für Hamburg gefunden haben: Es trägt der Verbundenheit der Hansestadt zum Wassersport Rechnung und schlägt zugleich eine Brücke zum traditionellen E.ON Hanse Cup. Hier wie dort stehen Tradition, Leistung, Fairness und ein verbindendes Miteinander im Mittelpunkt.“

So werden die weltweit besten Ruder-Achter, nur eine Woche nachdem sie zum Sprint auf der Alster angetreten sind, auf dem Nord-Ostsee-Kanal starten – beim E.ON Hanse Cup, dem mit seiner 12,7-Kilometer-Strecke härtesten Ruderrennen der Welt. Seit über 10 Jahren ist die Veranstaltung eine feste Größe im Jahresterminplan der internationalen Ruderszene mit jährlich über 100.000 Zuschauern.

Als neuer, zusätzlicher Top-Termin bietet der Hamburger E.ON Hanse AlsterCup den Achtern den perfekten Kurzstrecken-Auftakt. Die Freiwasser-Schwimmwettkämpfe ergänzen ihn um eine weitere

Dimension. Neben den schlanken Ruderbooten werden hier auch die besten Schwimmer auf einer 500-Meter-Strecke die Fluten der Hamburger Binnenalster durchqueren. Die Wettkampfstrecke entlang des Neuen Jungfernstiegs bietet dabei beste Aussichten für ein breites Publikum.

Für eine hochkarätige Besetzung der Boote sorgt neben der Kooperation mit der Veranstaltung auf dem Nord-Ostsee-Kanal das eingebettete Saisonfinale der Ruderbundesliga. Dabei ermitteln am 22. September zunächst die deutschen Ruderer in unterschiedlichsten Bootsklassen ihre besten Sportler auf der mit 270 Metern schnellsten Distanz ihrer gesamten Rennserie. Anschließend werden einige der international erfolgreichsten Achter-Teams der Olympischen Spiele in London den Regatta-Sonnabend krönen.

Der Sonntag gehört den Schwimmern. Der Welt-Freiwasserschwimmer des Jahres 2011, Thomas Lurz, hat bereits seine Teilnahme zugesagt. Er wird sich gegen Staffeln der besten Hamburger Schwimmer spannende Duelle liefern. Beim anschließenden Jedermann-Freiwasserschwimmen werden zunächst bis zu 500 Schwimmerinnen und Schwimmer auf den publikumsnahen 500-Meter-Bahnen starten. So verknüpft der E.ON Hanse AlsterCup Breiten- und Spitzensport zu einem Wassersportereignis der Spitzenklasse.

Rückfragen:

Behörde für Inneres und Sport, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Frank Reschreiter, Tel. 040 – 42839-2673

E-Mail: pressestelle@bis.hamburg.de Internet: www.hamburg.de/innenbehoerde

und

E.ON Hanse AG, Kommunikation

Tel. 04106 – 629-3422

E-Mail: presse@eon-hanse.com Internet: www.eon-hanse.com

12. Juni 2012/pr12

Bürgermeister Olaf Scholz und Intendant Prof. Rolf Beck n Veranstaltungsprogramme von CHINA TIME Hamburg 2012 und „spielraum hamburg“ des Schleswig-Holstein Musik Festivals vor

Hamburg, 12. Juni 2012: Olaf Scholz, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg stellte heute bei einem Empfang im Garten des Gästehauses des Senats gemeinsam mit dem Intendanten des Schleswig-Holstein Musik Festivals, Herrn Prof. Rolf Beck die Programme der Veranstaltungsreihen CHINA TIME Hamburg 2012 (9. bis 25. August 2012) und „spielraum hamburg“ des Schleswig-Holstein Musik Festivals (7. Juli bis 25. August 2012) vor. Die Initiative CHINA TIME des Hamburger Senats präsentiert zum vierten Mal seit 2006 die China-Kompetenz Hamburgs in allen Bereichen mit rund 200 Veranstaltungen in der Metropolregion. Im Chinesischen Kulturjahr 2012 in Deutschland hat auch das Schleswig-Holstein Musik Festival seinen Länderschwerpunkt China gewidmet. Mit 25 Konzerten allein im „spielraum hamburg“ ist das Festival das musikalische Bindeglied zu CHINA TIME.

Hamburgs Erster Bürgermeister Olaf Scholz: „Ich freue mich, dass wir im Chinesischen Kulturjahr 2012 in Deutschland mit CHINA TIME erneut beweisen können, wie ernst Hamburg es mit seinem China-Engagement meint. Der Dreiklang aus Wirtschaft, Kultur und Bürgergesellschaft macht die Besonderheit der Veranstaltungsreihe CHINA TIME aus. Denn China ist in Hamburg nicht nur eine Angelegenheit der Wirtschaft, sondern der ganzen Stadt. Wir sind stolz, dass wir in diesem Jahr das Schleswig-Holstein Musik Festival als Partner für unseren Schwerpunkt Musik gewinnen konnten. Dessen Konzerte zum Länderschwerpunkt China bereichern unser Programm in der Metropolregion um eine weitere kulturelle Facette.“

Intendant des Schleswig-Holstein Musik Festivals Professor Rolf Beck: „Das Schleswig-Holstein Musik Festival richtet mit seinem Länderschwerpunkt China in diesem Jahr den Blick weit über den europäischen Kulturhorizont hinaus. Der `spielraum hamburg` mit insgesamt 25 Konzerten in der Hansestadt nimmt dabei eine zentrale Rolle ein – und ich freue mich in diesem Jahr ganz besonders darüber, dass wir mit der Hamburger Veranstaltungsreihe CHINA TIME eng kooperieren und so gemeinsam in Hamburg und der Metropolregion die chinesische Kultur in ihrer außergewöhnlichen Vielfalt präsentieren können.“

Besondere Highlights von CHINA TIME Hamburg 2012 sind:

- Der Chinesische Markt vor dem Rathaus (3. bis 12. August 2012).
- das internationale Drachenbootfestival `Enter the Dragon` (11. und 12. August 2012 an der Binnenalster, Neuer Jungfernstieg);
- die Beiträge des Schleswig-Holstein Musik Festivals zum Länderschwerpunkt China, unter anderem die Peking Oper „Im Wald der wilden Schweine“ im Hamburger Thalia Theater (9. und 10. August 2012 um 20 Uhr) und das Konzert „Im Zauberreich der Mitte“ der chinesischen Popsängerin Dadawa und Band am 13. August um 20 Uhr in der Neuen Flora;
- die Ausstellung „Eine andere Moderne“ im Kunsthaus Hamburg mit großformatigen Bildern auf Papier einer jüngeren Künstlergeneration Chinas, die sich mittels der besonderen Technik der Tuschemalerei mit aktuellen Themen der chinesischen Gesellschaft auseinandersetzt (16. August bis 16. September 2012);
- das Hongkong Filmfestival im Metropolis Kino mit zeitgenössischen Hongkong-Filmen (16. bis 31. August 2012);
- die Podiumsdiskussion im Kunsthaus Hamburg zum Thema „Chinesische Kunst und Gesellschaft“ mit dem Internationalen Korrespondenten der ZEIT, Matthias Naß, dem Schweizer Kunstsammler Uli Sigg, dem Architekten Meinhard von Gerkan und dem Künstler Shan Fan (18. August 2012 um 15 Uhr);
- die Aktion „Chinesische Cuisine“ der Fachabteilung Chinesische Gastronomie im Deutschen Hotel- und Gaststättenverband Hamburg, bei der China-Restaurants Menüs aus den verschiedenen Regionen Chinas vorstellen.

Das gemeinsame Programmheft von CHINA TIME Hamburg 2012 und „spielraum hamburg“ des Schleswig-Holstein Musik Festivals liegt bei allen Konzerten des Schleswig Holstein Musik Festivals aus, außerdem bei vielen Veranstaltungen von CHINA TIME Hamburg 2012, auf dem Chinesischen Markt, am Info-Desk im Rathaus, in Thalia-Buchhandlungen in Hamburg, in den Terminals am Hamburger Flughafen, in den Hamburger Bücherhallen und in zahlreichen Hamburger China-Restaurants. Außerdem ist es als Titelaufkleber auf der Juli-Ausgabe der Monatszeitschrift SZENE HAMBURG erhältlich (Erscheinungstermin: 28. Juni 2012). Unter www.chinatime.hamburg.de und shmf.de sind die Veranstaltungsprogramme auch online abrufbar.

CHINA TIME und der Länderschwerpunkt China des Schleswig-Holstein Musik Festivals sind herausragende Beiträge Norddeutschlands zum Chinesischen Kulturjahr in Deutschland 2012, das die Volksrepublik zum 40. Jahrestag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und China veranstaltet.

CHINA TIME Hamburg 2012: Die Veranstaltungsreihe CHINA TIME Hamburg ist eine Initiative des Hamburger Senats in Kooperation mit der Hamburg Marketing GmbH, mit der die Hansestadt seit 2006 ihre herausragende China-Kompetenz alle zwei Jahre einem breiten Publikum präsentiert. Ein abwechslungsreiches Programm mit Veranstaltungen zu Politik, Gesellschaft und Recht, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt, Kultur und Lebensart sowie Sport und Gesundheit soll über das Reich der Mitte und Hamburgs langjährige und enge Beziehung zu China informieren. Zahlreiche regionale und überregionale Institutionen, Unternehmen, Stiftungen, Initiativen, Vereine und Verbände beteiligen sich mit Vorträgen, Podiumsrunden, kulturellen Projekten und praktischen Angeboten an der Veranstaltungsreihe. CHINA TIME Hamburg 2012 findet vom 9. bis 25. August 2012 statt. Mehr Informationen unter www.chinatime.hamburg.de.

Kontakt:

Pressesprecherin CHINA TIME Hamburg 2012:

Laura Kroth Hamburg Marketing GmbH

Mobil +49-(0)172-54 55 770

E-Mail: laura.kroth@marketing.hamburg.de

Pressestelle des Senats:

Guido Geist

Tel. (040) 428 31 - 2170

E-Mail: guido.geist@sk.hamburg.de

Pressesprecherin Schleswig-Holstein Musik Festival:

Bettina Brinker

Tel. (0451) 38957 – 24

Mobil: +49-(0)160-978 95 002

E-Mail: brinker@shmf.de

12. Juni 2012/ds12

Transparenzgesetz für Hamburg: Ein gesellschaftspolitischer Meilenstein

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit begrüßt den Entwurf für ein Hamburger Transparenzgesetz, auf den sich die Bürgerschaftsfraktionen der SPD, CDU, GAL, FDP und DIE LINKE gemeinsam mit der Volksinitiative „Transparenz schafft Vertrauen“ geeinigt haben.

„Das neue Transparenzgesetz schafft nicht nur die Voraussetzungen für einen bürgerfreundlichen Informationszugang, Hamburg belegt damit in Sachen transparente Verwaltung auch einen Spitzenplatz im Vergleich der Bundesländer. Entscheidend kommt es nun künftig darauf an, das Gesetz mit Leben zu füllen und es in der Verwaltungspraxis auch wirksam umzusetzen.“, so Johannes Caspar, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Kernstück des Entwurfs ist das öffentliche Informationsregister, in das die Verwaltung zukünftig eine Vielzahl von Daten, Dokumenten, Statistiken, Verträgen und Vorschriften einstellt. Das Gesetz gibt konkret vor, welche Daten im Informationsregister zu veröffentlichen sind. In Zukunft können dann Bürgerinnen und Bürger ohne individuellen Antrag dort Einsicht nehmen und sich über das Verwaltungshandeln informieren. Auch die Grundlagen, die zu den Entscheidungen geführt haben, erfahren Bürgerinnen und Bürger so aus erster Hand. Für Interessierte ohne Internetzugang soll ein Zugang über öffentliche Terminals, zum Beispiel in den Bücherhallen, ermöglicht werden. Das Informationsregister bietet nicht zuletzt auch der Presse ganz neue Recherchemöglichkeiten. Weiter wird durch das Transparenzgesetz der antragsgebundene Informationszugang, der bisher durch das Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz geregelt war, noch einmal ausgeweitet, indem die Ablehnungsgründe reduziert werden.

Allerdings kann der Zugang zu Informationen nicht völlig uneingeschränkt gewährt werden. Wo persönliche Daten des Einzelnen und damit das informationelle Selbstbestimmungsrecht betroffen sind, muss eine Grenze gezogen werden. „Der Schutz der Daten von Bürgerinnen und Bürger muss gewahrt bleiben. Uns fällt als Datenschutz- und Informationsfreiheitsbehörde die wichtige Aufgabe zu, bei der Umsetzung sowohl die Belange der Transparenz als auch des Datenschutzes miteinander auszugleichen. Hierfür werden wir sowohl den Bürgerinnen und Bürgern als auch den auskunftspflichtigen Stellen beratend und rechtswahrend zur Verfügung stehen“, so Caspar weiter.

Pressekontakt/ Rückfragen:

Dr. Christoph Schnabel, Tel. 040/42854-4047



PRESSEINFORMATION/iba13

[IBA Hamburg und Gangway e.V. feiern Fertigstellung des ersten Bauabschnitts](#)

Erste Pontonanlage von Gangway fertig saniert

Das IBA-Sanierungsprojekt Gangway, ein Jugendhilfeträger auf einer Pontonanlage, hat einen wichtigen Fortschritt gemacht: Nachdem die Baumaßnahmen seit September 2011 stetig vorangehen, feierten Bauherr Gangway e.V. und die IBA Hamburg am Mittwoch, den 13. Juni 2012 die Fertigstellung des ersten Bauabschnitts. Das Projekt Gangway zeigt, dass auch so ungewöhnliche schwimmende Bestandsgebäude auf energetisch höchstes Niveau gebracht werden können. Der Jugendhilfeträger Gangway e.V. unterhält unter dem Motto „Erziehung und Bildung aus einer Hand“ drei Schwimmpontons auf dem Reiherstieg.

Das Sanierungsprojekt ist eine weitere „Prima Klima-Anlage“ der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg. Das Projekt entsteht im Zusammenhang mit der 2009 gestarteten Kampagne „Prima Klima-Anlage – mit der IBA zum KLIMA_HAUS“. Mit der Kampagne unterstützt die IBA Hamburg Hauseigentümer, ihre Gebäude energetisch auf höchstem Niveau zu sanieren. Die IBA verfolgt damit das ehrgeizige Ziel, den Weg zum klimaneutralen Wilhelmsburg zu ebnen.

Hamburg, 13. Juni 2012 – „Mit der Fertigstellung des ersten Schwimmpontons hat das IBA-Projekt Gangway bereits viel erreicht. Außerdem sehen wir hier, wie viel Potential in der Sanierung von Bestandsgebäuden steckt – und seien sie auch so außergewöhnlich wie dieses. Es ist, als Teil der IBA-Sanierungskampagne „Prima Klima-Anlage“, außerdem ein wesentlicher Bestandteil unseres Energiekonzepts auf dem Weg zu einer hundertprozentigen Energieversorgung der Elbinseln mit erneuerbaren Energien“, sagte IBA-Geschäftsführer Uli Hellweg zur Fertigstellung. Anwesend waren beim Fest auch alle am Projekt beteiligten Firmen, Partner und Sponsoren, die mit Engagement und Unterstützung beigetragen haben und das Projekt in enger Zusammenarbeit mit dem Bauherrn gefördert haben.

„Wir vom Verein Gangway bieten Erziehung und Bildung aus einer Hand. Das Projekt ist wichtig für uns, weil es einerseits mit der Beteiligung von Jugendlichen Ausbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten schafft. Andererseits ermöglicht uns diese Sanierung erst die gemeinsame Arbeit, denn aus eigener Kraft hätten wir das nicht geschafft. Darum gilt ein großer Dank den zahlreichen Sponsoren, Unterstützern, Kolleginnen und Kollegen, auch der Bauleitung von STATTAU Hamburg und natürlich der IBA Hamburg, die uns helfen unserer pädagogischen Arbeit hier ein energetisch vorbildliches Zuhause zu geben“, sagte der Geschäftsführer von Gangway e.V., Roland Hummel.

Wie sich besondere Bestandsgebäude energetisch auf Neubaustandard setzen lassen und dabei ein Beitrag in der Bildungs- und Jugendarbeit geleistet werden kann, zeigt dieses Sanierungsprojekt. Die Schwimmponton-Anlage des Jugendhilfeträgers und eingetragenen Vereins Gangway besteht aus drei Pontons. Der erste der zwei zu sanierenden Schwimmpontons ist nun fertig saniert. Die komplette Gebäudehülle erhielt eine moderne Fassade, sehr gute Dämmung, energetisch hochwertige Fenster und Türen.

Für die Dämmung wurden die Sparren der Außenwände aufgedoppelt, mit Mineralwolle verfüllt und mit einer neuen Vorhangfassade versehen. Zudem soll der Fußboden mit Zellulose ausgeblasen werden;

der sehr natürliche Baustoff Zellulose dient ebenfalls einer besseren Dämmung. Darüber hinaus erhielt der Schwimmponon neue, dreifach-verglaste Fenster und eine Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung. Für die Wärmeversorgung des schwimmenden Baus sind in Zukunft eine Solarthermie-Anlage und ein Öl-Brennwertkessel zuständig. Für das Dach ist außerdem noch eine Photovoltaik-Anlage geplant.

Die Sanierung der Pontons veranschaulichen modellhaft, dass ungewöhnliche Bestandsgebäude einen Neubau-Standard erreichen können. Das betrifft die Energieeinsparung, eine effiziente Energienutzung und den Einsatz von Erneuerbaren Energien. Das Highlight an dem Bau-Projekt ist, dass die Nutzer unter der Bauleitung von STATTBAU Hamburg selbst mit Hand anlegen und sich handwerklich und kreativ am Ausbau der Pontons beteiligen werden. Besondere Eigenleistung des Vereins und der Jugendlichen sowie das Sponsoring von rund 15 Firmen aus der Baubranche machen dieses einmalige Projekt erst möglich.

Das Sanierungsprojekt ist eine weitere „Prima Klima-Anlage“ der Internationalen Bauausstellung IBA Hamburg. Das Projekt entsteht im Zusammenhang mit der 2009 gestarteten Kampagne „Prima Klima-Anlage – mit der IBA zum KLIMA_HAUS“. Mit der Kampagne unterstützt die IBA Hamburg Hauseigentümer, ihre Gebäude energetisch auf Neubaustandard zu bringen. Die IBA verfolgt damit das ehrgeizige Ziel, den Weg zum klimaneutralen Wilhelmsburg zu ebnen.

Das beiden Wohnhäuser in der Wilhelmsburger Straße 76-82 auf der Veddel des Baujahres 1926 sind die beiden ersten beendeten Pilotprojekte der Kampagne. Danach konnte bereits die energetische Sanierung des nächsten Projekts, einer Doppelhaushälfte (Auf der Höhe in Wilhelmsburg), erfolgreich fertig gestellt werden.

Aktuelles Fotomaterial und Bilder des Projekts finden Sie unter folgendem Link:

Link: <http://iba-hamburg.eyebase.com>

Pin-Code: [eqTqtoU3](#)

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

IBA Hamburg GmbH, Kristina Hödl, Leiterin Stabsstelle Presse, kristina.hoedl@iba-hamburg.de,

Tel.: 040 / 226 227 335, oder an Anna Vietinghoff, Stabsstelle Presse, anna.vietinghoff@iba-hamburg.de, Tel:

040 / 226 227 – 331 oder an presse@iba-hamburg.de

Folgen Sie der IBA Hamburg auch auf Twitter: twitter.com/iba_hamburg
Möchten Sie den IBA-Newsletter abonnieren? www.iba-hamburg.de/newsletter

Vom 18. Juni bis 24. Juni
2012

Terminkalender

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182 erteilt.

Montag, den 18.06.2012

- 09:00** Kaischuppen 52, Kleiner Grasbrook
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **Eröffnung des „Konvent der Baukultur 2012“ der Bundesstiftung Baukultur** eine Rede.

Staatsrat Michael Sachs nimmt teil.
- 09:30** Finanzbehörde, Lippmann Saal
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich des **2. Hamburger Mediationstages** ein Grußwort.

Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt teil.
- 10:00** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Straße 3
Senator Ties Rabe überreicht den **Absolventinnen und Absolventen des Deutschen Sprachdiploms der Kultusministerkonferenz die Zertifikate** und spricht ein Grußwort.
- 13:45** Shanghaiallee 12-14
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **Einweihung des Ökumenischen Forums in der Hafencity** ein Grußwort.
- 14:00** Rathaus, Raum I
Staatsrat Wolfgang Schmidt begrüßt acht junge **chinesische Journalistinnen und Journalisten, die im Rahmen eines Stipendienprogramms der Robert Bosch Stiftung und dem International Media Center Hamburg** in Hamburg zu Gast sind.
- 14:00** Handelskammer, Plenarsaal
Senator Michael Neumann hält auf der **Abschlussstagung des Projektes „Piraterie und maritimer Terrorismus als Herausforderung“** eine Rede.
- 14:00** Besenbinderhof 60
Senator Detlef Scheele hält auf der **Veranstaltung „Faire Mobilität auf dem europäischen Arbeitsmarkt“** von Arbeit und Leben Hamburg e.V. eine Rede zum Thema „Arbeitnehmerfreizügigkeit und Hamburger Arbeitsmarkt – Chancen und Herausforderungen“.
- 15:15** Landeszentrale für politische Bildung, Dammtorstr. 14
Senatorin Jutta Blankau spricht anlässlich der **Preisverleihung Schülerwettbewerb „Zero Emission“** ein Grußwort.
- 18:00** Museum für Hamburgische Geschichte, Holstenwall 24
Senatorin Prof. Barbara Kisseler spricht ein Grußwort anlässlich der **Abschlusspräsentation des Jugendprojekts „Wie wollt ihr euch erinnern?“ für das künftige Informations- u. Dokumentationszentrum Lohseplatz.**
- 19:00** Rathaus, Innenhof

Bürgermeister Olaf Scholz besucht das **Parlamentarische Sommerfest der Hamburger Bürgerschaft**.

Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senatorin Prof. Barbara Kisseler, Senatorin Jana Schiedek, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Ties Rabe, Senator Detlef Scheele, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrätin Elke Badde, Staatsrat Dr. Michael Voges, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek, Staatsrat Volker Schiek, Staatsrat Michael Sachs, Staatsrat Dr. Nikolas Hill, Staatsrat Jan Pörksen, Staatsrat Jens Lattmann und Staatsrat Wolfgang Schmidt nehmen teil.

Dienstag, den 19.06.2012

- 12:00** Rathaus, Kaisersaal
Bürgermeisterin Dr. Dorothee Stapelfeldt spricht anlässlich des **Schüler-Foto-Wettbewerbs „Guck ma“** ein Grußwort und übergibt die Preise an die Sieger des Wettbewerbs.
- 14:30** Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Str. 1, 10557 Berlin
Senator Ties Rabe nimmt an der **Sitzung der Bund-Länder-AG zum Thema „Integration durch Bildung“** teil.
- 16:30** Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Bürgermeister Olaf Scholz empfängt die **Generalkonsulin der Republik Östlich des Uruguay, María Elizabeth Bogosián Alvarez**, zu ihrem Antrittsbesuch.
- 17:00** Gemeinnützige Wohnheimgesellschaft des Hamburger Fürsorgevereins v. 1948 mbH, Max-Brauer-Allee 138
Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek nimmt am diesjährigen **Sommerfest** teil.
- 18:00** Anglo-German Club e.V., Harvestehuder Weg 44
Bürgermeister Olaf Scholz, Senatorin Jutta Blankau, Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks, Senator Dr. Peter Tschentscher, Staatsrätin Elke Badde, Staatsrat Wolfgang Schmidt, Staatsrat Dr. Ralf Kleindiek, Staatsrat Volker Schiek und Staatsrat Michael Sachs nehmen am **2. Sommerempfang des Wirtschaftsforums Hamburg** teil.
- 18:00** Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Markgrafenstr. 38, 10117 Berlin
Senator Ties Rabe spricht als KMK-Präsident anlässlich der **Preisübergabe FOCUS-„Schule macht Zukunft“** ein Grußwort.
- 20:00** Kampnagel, Jarrestr. 20
Senatorin Jutta Blankau ist Podiumsgast auf der **Podiumsdiskussion „Höher, dichter, schöner – teurer? Hamburgs Baupolitik auf dem Prüfstand“** des Kulturforums Hamburg e. V.
- 20:00** Deichtorhallen
Bürgermeister Olaf Scholz spricht anlässlich der **LeadAwards-Preisverleihung 2012** ein Grußwort.

Mittwoch, den 20.06.2012

- 10:00** Kassel
Senatorin Prof. Barbara Kisseler hält anlässlich der **204. Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags in Kassel** eine Rede.
- 11:00** Walter-Rudolphi-Weg
Staatsrat Michael Sachs spricht ein Grußwort zur **Grundsteinlegung eines geförderten Wohnbauprojektes**.
- 15:30** CCH Saal 1, Marseiller Straße 1

Senator Detlef Scheele spricht ein Grußwort bei der **Freisprechungsfeier des DEHOGA** anlässlich der Abschlussprüfungen in den gastgewerblichen Ausbildungsberufen.

18:00 Finanzbehörde, Leo-Lippmann-Saal
Senatorin Jana Schiedek hält einen Vortrag anlässlich der **Veranstaltung des Landfrauenrates „Gleichstellung jetzt!“**.

18:00 Jenisch Haus, Baron-Voght-Str. 50
Senatorin Prof. Barbara Kisseler hält anlässlich der **Verleihung der Salomon-Heine-Plakette an Georg W. Claussen** eine Laudatio.

20:00 Heinrich-Heine-Villa, Goldener Saal, Harvestehuder Weg 21
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am **Verlagsempfang von Hoffmann und Campe** teil.

Donnerstag, den 21.06.2012

ganztäglich Schleswig
Senatorin Jutta Blankau nimmt vom 21.06. – 22.06.2012 an der **Umweltministerkonferenz 2012** teil.

ganztäglich Berlin
Senator Dr. Peter Tschentscher nimmt an der **Sitzung der Finanzministerkonferenz** teil.

ganztäglich Kultusministerkonferenz, Taubenstraße 10, 10117 Berlin
Senatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Senator Ties Rabe und Staatsrat Dr. Michael Voges nehmen am 21.06 und 22.06.2012 an der **338. Kultusministerkonferenz** teil.

10:00 Empire River Side Hotel ; Bernhard-Nocht-Str. 97
Senator Frank Horch spricht anlässlich der **Jahreshauptveranstaltung Logistik-Initiative Hamburg (LIHH) 2012 „Menschen machen Logistik“** ein Grußwort.

11:00 Asklepiosklinik Harburg, Eißendorfer Pferdeweg 52
Senatorin Cornelia Prüfer-Storcks spricht anlässlich der **Grundsteinlegung eines klinischen Neubaus**.

14:00 Amtsgericht Blankenese
Senatorin Jana Schiedek spricht anlässlich der **Amtseinführung von Dr. Torsten Bartels, Direktor Amtsgericht Blankenese**, ein Grußwort.

19:00 Hotel Louis C. Jacob, Elbchaussee 401-403
Staatsrat Wolfgang Schmidt spricht anlässlich des **Empfangs zum 21. Jahrestag der Unabhängigkeit der Republik Slowenien** ein Grußwort.

Freitag, den 22.06.2012

10:00 CCH, Am Dammtor / Marseiller Straße
Bürgermeister Olaf Scholz hält anlässlich der **2. Nationalen Konferenz Güterverkehr und Logistik** eine Rede.

Senator Frank Horch nimmt teil.

11:00 Halle an der Saale, Oper
Senatorin Prof. Barbara Kisseler nimmt am **Festakt „10 Jahre Kulturstiftung des Bundes“** teil.

14:00 Centro Sociale, Sernstr. 2
Senator Detlef Scheele spricht anlässlich der **Feier zum 25-jährigen Bestehen**

der Solidarischen PsychoSozialen Hilfe ein Grußwort.

Sonntag, den 24.06.2012

- 08:00** Asklepiosklinik Altona
Staatsrätin Elke Badde spricht anlässlich der **Organspende Radtour** ein Grußwort.
- 13:00** Hauptkirche St. Michaelis
Senator Michael Neumann nimmt an der **Johannisfeier** teil.
- 14:30** Hauptkirche St. Michaelis
Senator Michael Neumann nimmt an dem **Empfang des Landesvorstandes Nord der Johanniter Unfall-Hilfe** teil und spricht ein Grußwort.